

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بلدين بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهيم از آن به که کشور به دشمن دهيم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Nick Brauns

13.06.2020

Erdogans Stern sinkt

Türkei: Angesichts schlechter Umfragewerte setzt Regierungsbündnis auf Repression und Spaltung der Opposition



Uncredited/Turkish Presidency/dpa

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan in Ankara bei einer Telefonkonferenz mit seinen Ministern (23.3.2020)

Hintergrund: Solidarität mit Turgut Öker

Am 18. Juni soll in der Türkei der Prozess gegen Turgut Öker, den Vorsitzenden der Alevitischen Union Europa (AABK) und Ehrenvorsitzenden der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF), fortgesetzt werden. Der Politiker, der von Juni 2015 bis zur Neuwahl im November desselben Jahres für die HDP dem Parlament angehört hatte, ist in der Türkei wegen Präsidentenbeleidigung und Terrorpropaganda angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, sich 2014 und 2015 als Redner auf dem Kölner Neumarkt und in den »sozialen Medien« kritisch gegenüber Erdogan geäußert zu haben. Weitere

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Anklagepunkte beruhen auf der Denunziation eines türkischen Geheimdienstspitzels aus Nordrhein-Westfalen, der fälschlich behauptete, Öker habe auf einer Kundgebung eine türkische Fahne verbrannt. Aufgrund eines Ausreiseverbots darf der Kölner Öker, der neben der türkischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, seit November vorigen Jahres die Türkei nicht mehr verlassen. In Köln und weiteren europäischen Städten finden am Sonnabend zwischen 14 und 16 Uhr Unterstützungsaktionen der Alevitischen Union statt. Treffpunkt für die Mahnwache in Köln ist der Hauptbahnhof. (nb)

Obwohl es in der Türkei weiterhin pro Tag rund 1.000 registrierte Neuinfektionen mit dem Coronavirus gibt, werden die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie schrittweise gelockert. So dürfen Senioren seit dieser Woche tagsüber wieder das Haus verlassen. Die Pandemie traf auf eine ohnehin angeschlagene Volkswirtschaft, die Bevölkerung leidet unter einem inflationsbedingten Anstieg der Verbraucherpreise um elf Prozent im Jahresvergleich. Vor diesem Hintergrund sehen Umfragen führender Meinungsforschungsinstitute die Zustimmung für die seit bald 18 Jahren regierende religiös-nationalistische AKP von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan auf einem Rekordtief.

Während die Zustimmung zum Regierungslager, bestehend aus der AKP und der mit ihr verbündeten faschistischen MHP, derzeit auf unter 50 Prozent gesunken ist, liegt laut der Umfragen erstmals das allerdings in sich gesplittete Oppositionslager aus der kemalistischen CHP, der linken, vor allem unter Kurden verankerten HDP sowie der MHP-Abspaltung IYI deutlich vorn. Regulär stehen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erst 2023 an. Doch es hält sich das Gerücht, dass Erdogan zu vorgezogenen Neuwahlen greifen könnte, ehe sich die Situation noch weiter zu seinen Ungunsten verschiebt.

Ein Maßnahmenbündel, das AKP und MHP in das nach einer zweimonatigen Coronapause am 2. Juni wieder eröffnete Parlament einbringen wollen, dient nach Ansicht der Opposition der Knebelung von Kritikern. So sollen Nutzer der sogenannten sozialen Netzwerke wie Facebook und Twitter zur Registrierung per Personalausweis gezwungen werden. Und eine Nachtwächtertruppe aus Zehntausenden AKP-nahen jungen Männern hat bereits Vollmachten als Hilfspolizei erhalten. Eine Kommission von Erdogans Partei arbeitet zudem an Wahlrechtsänderungen. Diese richten sich insbesondere gegen zwei neu gegründete rechtskonservative Parteien der AKP-Dissidenten Ahmet Davutoglu und Ali Babacan, die die Regierungsbündnis entscheidende Prozentpunkte kosten könnten.

»Anstatt auf eine Erfolgsgeschichte zu setzen, schafft die AKP immer wieder Spannungen«, erklärte Bekir Agirdir, Leiter des führenden Meinungsforschungsinstitutes Konda, in einer Sendung des Senders Karar-TV. Er sieht darin eine Strategie der Regierung, ihre Macht zu sichern, indem sie die Opposition weiter spaltet.

Vergangene Woche entzog so auf direkte Weisung Erdogans die AKP-MHP-Mehrheit im Parlament den HDP-Abgeordneten Leyla Güven und Musa Farisogullari sowie dem CHP-Abgeordneten Enis Berberoglu ihr Mandate. Die HDP-Abgeordneten waren zu langjährigen Haftstrafen wegen angeblicher Unterstützung der Arbeiterpartei Kurdistans PKK verurteilt worden, aufgrund der Untersuchungshaft war bei Güven allerdings nur eine Reststrafe von zwei Monaten offen. Gegen Berberoglu war 2018 eine Haftstrafe von sechs Jahren wegen Spionage verhängt worden, da er der Tageszeitung Cumhuriyet Filmmaterial über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an dschihadistische Kampfgruppen in Syrien zugespielt haben soll.

»Die Regierung befindet sich im Prozess des Machterhalts, dessen Dynamik nur durch ständige Eskalation mit Hilfe von Repression, Betrug und Unterdrückung kontrolliert werden kann«, bewertete die Kovorsitzende der HDP, Pervin Buldan, die noch am Abend des Mandatsentzugs erfolgte Verhaftung der drei Abgeordneten. Im Unterschied zu den beiden kurdischen Politikern, die ins Gefängnis von Diyarbakir überstellt wurden, kam der Kemalist Berberoglu umgehend in den Genuss einer »Coronaamnestie«. Er darf seine Strafe im Hausarrest in seiner Wohnung in Istanbul absitzen. Erdogan und MHP-Führer Devlet Bahçeli trieben ein Katz-und-Maus-Spiel mit der fragmentierten Opposition, kommentierte der bekannte Kolumnist Yavuz Baydar auf der oppositionellen Nachrichtenplattform Ahval. Diese Ungleichbehandlung zielt darauf ab, den Keil zwischen CHP und HDP tiefer zu treiben. Die Botschaft laute: »Denkt nicht einmal an ein vereintes prodemokratisches Lager mit der prokurdischen Partei.«

Berberoglu war nach Entzug seiner Abgeordnetenimmunität bereits einmal im Jahr 2017 inhaftiert worden. Damals hatte der CHP-Vorsitzende Kemal Kilicdaroglu einen 450 Kilometer langen »Marsch für Gerechtigkeit« von Ankara nach Istanbul angeführt. Heute seien die Bedingungen andere, erklärte Kilicdaroglu. Man dürfe sich nicht durch einen »Trick« der Regierung zu Straßenprotesten hinreißen lassen. »Wir müssen uns aller Handlungen enthalten, die zu Spannungen führen können und Provokationen ermöglichen sind.«

Die HDP will dagegen am kommenden Montag einen fünftägigen Sternmarsch auf Ankara beginnen. Der »Demokratiemarsch gegen den Putsch« soll gleichzeitig in der westlichsten Stadt der Türkei, Edirne, wo der frühere HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtas inhaftiert ist, sowie im Wahlkreis von Güven in Hakkari im kurdischen Osten des Landes beginnen. Ein Fußmarsch von Stadt zu Stadt sei allerdings nicht geplant, verdeutlichte der HDP-Kovorsitzende Mithat Sancar am Dienstag in Diyarbakir. Vielmehr wollen sich HDP-Abgeordnete, Bürgermeister und Vorstandsmitglieder in den verschiedenen Städten mit der Bevölkerung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen treffen, um ein »zukunftsfähiges Bündnis von Demokratiekräften« zu entwickeln.

Einen ersten Erfolg konnte die HDP schon verbuchen. Am Dienstag abend wurde Güven aus dem Gefängnis entlassen. »Ich bin draußen, aber Musa Farisogullari ist wie Tausende weitere immer noch drinnen«, gab sich Güven nach ihrer Freilassung kämpferisch. »Dieser Kampf geht weiter, bis das kurdische Volk frei ist.« Insbesondere diese Unbeugsamkeit ist es, die in den letzten Tagen den Ruf nach einem Verbot der HDP als angeblich legalen Arm der PKK in regierungsnahen Medien lauter werden lässt. Die nun von Erdogan vorgenommene Ernennung des als Hardliner geltenden Juristen Bekir Sahin zum Generalstaatsanwalt des Kassationsgerichtshofes sehen Beobachter als Hinweis darauf, dass es sich diesmal um mehr als bloße Drohungen handeln könnte.

Junge Welt 12.06.2020